1. **Grundeinkommen: Schlaraffenland in Bürgerhand**
   Kein Wunder, dass man sich in der CDU zunehmend für den Vorschlag erwärmt, sämtliche bisherigen Sozialleistungen kostenneutral durch ein einheitliches Bürgergeld zu ersetzen, um aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung entlassen zu werden. Sobald man die isolierte Betrachtung verlässt und das Grundeinkommen in den volkswirtschaftlichen Zusammenhang stellt, wird es unangenehm für die sanften Revolutionäre, die allein mit der Umdefinition von Geldansprüchen auskommen wollen. Von Ulrich Busch.
   Quelle: Freitag
2. **Die Demontage der Geldmenge**
   Die EZB scheint sich von einem aus Dogma, dem Glauben an die Geldmenge als Inflationsindikator, zu lösen. Mit der neuen Strategie ist eine lockerere Geldpolitik möglich. Denn den Falken im EZB-Rat, die bislang unter Hinweis auf die Geldmenge trotz Konjunkturschwäche gegen eine weitere Zinssenkung waren, fehlt nun ein wichtiges Argument.
   Quelle: ZEIT-Blog
3. **Freibrief für Dumping**
   Mit der Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie durch das Europäische Parlament haben die Neoliberalen einen wichtigen Etappensieg errungen. Im Frühjahr legte die EU-Kommission einen neuen Entwurf vor, der viele Verbesserungen des Parlaments wieder kassierte. Dem Herkunftslandprinzip wurde ein anderer Namen gegeben, doch bleibt es das bestimmende Element der Richtlinie. Nur in vier Fällen soll es keine Anwendung finden: Öffentliche Ordnung, öffentliche Sicherheit, Schutz der Gesundheit und Schutz der Umwelt.
   Quelle: Junge Welt
4. **Boeckler-Impuls 18/2006**
   - **Wirtschaftspolitik: Bessere Makropolitik, mehr Jobs**
     Nach dem weltweiten Konjunktureinbruch 2000/2001 hat die deutsche Wirtschaft bis 2005 stagniert. Großbritannien und Schweden hingegen konnten sich schnell erholen. Grund war der bessere Mix aus Geld-, Lohn- und Finanzpolitik, analysiert das IMK.
     Quelle: Hans Boeckler Stiftung

   - **Mindestlohn: Neue Zustimmung**
     Unter US-Ökonomen verbreitet sich die Auffassung, dass der Mindestlohn Nutzen für Niedriglohn-Beschäftigte und Unternehmen bringen kann – und das ohne negative Effekte für die Beschäftigung. So hat Alan Blinder, Professor in Princeton und ehemaliger Vize-Präsident der US-Zentralbank, gar sein Lehrbuch

umgeschrieben. In der neuen Auflage erklärt er, überraschende Forschungsergebnisse zögen “die konventionelle Ökonomen-Weisheit” in Zweifel.
Quelle: Hans Boeckler Stiftung

- **Unternehmensmitbestimmung: Partizipation auf Schwedisch – Gleiche Augenhöhe**
  Eine große Mehrheit der schwedischen Unternehmenslenker beurteilt die Rolle der Arbeitnehmervertreter in den Führungsgremien schwedischer Firmen positiv. Dabei reichen die Befugnisse der von den Gewerkschaften entsandten Board-Mitglieder weiter als die ihrer deutschen Kollegen.
  Quelle: Hans Boeckler Stiftung

5. **Armut ist gewollt**
   Düstere Bilanz des ersten Merkel-Jahres: Staat befördert miserable Arbeitsbedingungen und Verarmung. Gespräch mit Christoph Butterwegge
   Quelle: Junge Welt
6. **Die Politik produziert mit ihrer falschen Liberalisierungsstrategie eine neue Unterschicht im Postsektor**
   Von 1999 bis 2004 rund 17 000 zusätzliche Arbeitsplätze bei der neuen Briefdiensten in Deutschland entstanden sind. Im gleichen Zeitraum hat die Deutsche Post etwa 30 000 Arbeitsplätze abgebaut. Von den Beschäftigten im privaten Postzustellgewerbe sind nahezu zwei Drittel geringfügig beschäftigt.
   Quelle: FR
7. **Unterm Strich**
   Koalitionsbilanz: Sozialpolitisch bleibt Schwarz-Rot mehr schuldig als befürchtet
   Von Christoph Butterwegge.
   Quelle: Freitag
8. **Mittelstand ist ein Jobmotor**
   Der Mittelstand ist einer Studie der KfW-Bankengruppe zufolge der Jobmotor der deutschen Wirtschaft. Ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen schufen in den Jahren 2003 bis 2005 neue Arbeitsplätze.
   Quelle 1: Der Tagesspiegel
   Quelle 2: KfW
9. **Automobilstandort Deutschland bekommt gute Noten**
   Drei Viertel der deutschen Automobilzulieferer schätzen Deutschlands Attraktivität im internationalen Vergleich hoch ein, wie aus einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young hervorgeht. Neue Produktionsstätten werden demnach allerdings vor allem im Ausland entstehen. In Deutschland soll die

Produktion aber konstant bleiben. Der weltweit attraktivste Standort ist für die deutschen Zulieferer derzeit Osteuropa. 91 Prozent der Unternehmen bezeichnen der Studie zufolge die osteuropäischen Länder als besonders reizvolle Produktionsstandorte für die Autobranche. An zweiter Stelle in der Gunst der Firmen steht China.
Quelle 1: Tagesspiegel
Quelle 2: Ernst & Young: Studie zur Zukunft des Automobilstandorts Deutschland

Kommentar: „Bei den Arbeitskosten werde Deutschland auf absehbare Zeit nicht mit Osteuropa konkurrieren können, erklärte Ernst & Young-Autoexperte Peter Fuß.“ Natürlich nicht, aber das ist auch nicht nötig, da bekannterweise die Lohnstückkosten über die Rentabilität einer Produktion entscheiden. Es bleibt somit bei dem bekannten Bild:
Technisch anspruchsvolle oder hochautomatisierte Produktion ist auch in Deutschland rentabel.
Neue Kapazitäten entstehen vor allem auf den Wachstumsmärkten.

10. **Anders privatisieren**
    Genossenschaftsmodell: Wohnungsverkauf muss nicht immer weh tun.
    Quelle: Freitag
11. **Länder lassen Berlin im Stich**
    Beim Hochschulpakt sind alle zufrieden – nur die Studentenfabrik Berlin guckt in die Röhre. Niedersachsen schuldet Berlin jährlich 137 Millionen Euro Akademikerprämie.
    Quelle: TAZ